

Bildungswege gleichstellen

Paru dans la „Bernerzeitung“ du 18 juillet 2000

Résumé en français: le canton de Berne a adopté une loi permettant d'augmenter les taxes d'études pour l'université de Berne et les hautes écoles spécialisées. Il s'agit selon le canton „d'harmoniser les taxes entre Uni et HES“ alors que l'on ne peut pas comparer ces institutions si facilement. Une hausse des taxes aurait surtout pour effet d'interdire l'accès à la formation supérieure aux personnes les moins riches, et ce pour des raisons uniquement financières. Les associations des étudiant-e-s de l'université de Berne (SUB) et des Hautes Ecoles Spécialisées se sont opposées au projet.

Nach dem Berner Gesetz über die Universität sind die Studiengebühren „sozialverträglich“ zu bestimmen (Art. 65). Dies bedeutet, dass sie annehmbar und bezahlbar sein müssen. Die geplante Gesetzesänderung soll diesen Passus streichen. Damit wird der Regierungsrat die Studiengebühren aus rein finanziellen Gründen erhöhen dürfen. Studierende befürchten, dass der freie Zugang zur Bildung nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme sein wird. Befürchtet wird die Rückkehr zu den Elitenuniversitäten des Mittelalters.

Mit Erhöhung der Studiengebühren wird den finanziell schwächer gestellten Schichten die Ausbildungsmöglichkeit genommen und dieser Tendenz Vorschub geleistet. Es geht nicht an, dass die Bildung auf Tertiärstufe nur noch Kindern aus sozial privilegierten Schichten offen steht. Einziges Gegenmittel wäre ein gleichzeitiger Ausbau der Stipendiensystems, aber: der Betrag der gesprochenen Stipendien ist in den letzten zehn Jahren um mehr als die Hälfte gesunken – gegenüber einer Verdreifachung der Studiengebühren. Es öffnet sich die soziale Schere.

Die geplante Gesetzesänderung hätte dramatische Wirkungen: eine finanzielle Vorselektion zu Universität und Fachhochschule würde stattfinden und der Zugang zur Bildung für sozial schwächeren Schichten erschwert. Die Fachhochschule würde dabei noch stärker betroffen, da sie vor allem Vollzeitstudiengänge anbietet: somit ist ein Nebenerwerb nur in den seltenen Fällen möglich.

Zudem besteht die Gefahr, dass durch eine Erhöhung der Studiengebühren aus rein finanziellen Gründen der internationale Studienaustausch erschwert wird; dies könnte den guten Ruf des Lehr- und Forschungsplatzes Bern schädigen. Mit zu hohen Studiengebühren werden Talente aus dem In- und Ausland von einem Studium an der Berner Universität oder an den Fachhochschulen sowie von der LehrerInnenausbildung abgehalten, was kaum Sinne des Bildungsplatzes Schweiz sein kann.

Ich empfinde als besonders stossend, dass der Minimalbetrag des Rahmens (500 Franken) in etwa den heutigen Gebühren entspricht. Denn somit ist nur eine Gebührenerhöhung oder eine Beibehaltung möglich, während eine Senkung (unter 500 Franken pro Semester) auch bei Besserung der finanziellen Situation des Kantons nicht möglich ist. Die Tendenz zur Erhöhung wird im Gesetz verankert. Eine Harmonisierung macht dann Sinn, wenn es sich um gleichartige, zumindest vergleichbare Ausbildungen handelt. Das ist nicht der Fall. Die Universität, die Fachhochschulen und die LehrerInnenausbildung führen sehr verschiedenen Lehrveranstaltungen durch. Ziel ist für mich die Gleichstellung (und nicht die Gleichmacherei) dieser Bildungswege, welche nicht durch Erhöhung der Studiengebühren erreicht werden kann. Ich spreche mich deshalb mit den Studierenden der Uni Bern und mit den FachhochschülerInnen gegen die Harmonisierung der Schulgelder aus.

Jean Christophe Schwaab ist Vorstandmitglied der StudentInnenschaft der Universität Bern (SUB), Ressort Soziales.